

# Rechtstendenzen in der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit der sozialen Transformation

Wie kann man erklären, dass Arbeiter in einer Reihe europäischer Länder und in den USA zur Wahl rechter Parteien tendieren und nationalistische Bewegungen unterstützen? Der Beitrag erörtert zwei Erklärungsansätze für die Rechtstendenzen: die These von der „imperialen Lebensweise“, in die auch die Arbeiterklassen des kapitalistischen Nordens verstrickt sind, und jene von der „Marginalisierung der Arbeiterklasse“, die ihre politisch verdrängten Interessen zur Geltung bringen will. In kritischer Auseinandersetzung mit beiden diskutiert er, welche Konsequenzen sich daraus für die Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation ergeben, die auf den Abbau sozialer Ungleichheit und die Bewältigung der globalen ökologischen Krise abzielt.<sup>1</sup>

MARTIN KRONAUER

## 1 Rechtstendenzen in der Arbeiterschaft als gesellschaftspolitisches Problem

Nichts weniger als eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation ist notwendig, um auch nur die zunehmenden sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Spaltungen in den Gesellschaften des hoch entwickelten Kapitalismus zu überwinden, die gerade von der Rechten politisch ausgebeutet werden. Einer noch sehr viel radikaleren Umwälzung bedarf es, um den verheerenden Auswirkungen kapitalistischer Produktion und Lebensweise auf das weltweite ökologische System entgegenzuwirken, von dem das Überleben nicht nur der Menschheit abhängt. Allerdings sind derzeit, von kleinen Minderheiten abgesehen, keine gesellschaftlichen Kräfte erkennbar, die bereit wären, sich für diese Transformationen in die Breche zu schlagen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht muss besonders beunruhigen, dass gegenwärtig in Europa und den USA die extreme politische Rechte in erheblichem Umfang Unterstützung und Wählerstimmen aus der Arbeiterschaft rekrutiert. Um sogleich einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Dass Arbeiter unter den Wählern rechter Parteien und den Unterstützern von Initiativen wie dem Brexit gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung

überrepräsentiert sind, bedeutet weder, dass sie mehrheitlich rechts wählen, noch dass sie die Mehrheit der Wähler und Unterstützer der Rechten stellen würden. Die Rechte rekrutiert klassenübergreifend, und ihre Führungsspitzen stammen allemal aus den akademisch ausgebildeten Mittelklassen.

Außerdem stellt die Arbeiterschaft nur eine Teilmenge der deutlich größeren Kategorie der Lohnabhängigen dar. Darauf komme ich am Ende zurück, wenn ich dafür plädiere, nicht zuletzt aus politischen Gründen den Blick über die Arbeiterschaft im engeren Sinn hinaus auf die Lohnarbeit insgesamt zu werfen. Dennoch erscheint es geboten, der Frage nachzugehen, warum rechte Parteien und Bewegungen derzeit so attraktiv für Arbeiter sind. Denn zum einen ist ihr Anteil an der lohnabhängigen Bevölkerung immer noch erheblich; zum anderen knüpfte sich historisch gerade an Arbeiterbewegungen die Hoffnung, sie würden die notwendige Transformation hin zu einer solidarischen Gesellschaft vorantreiben. Die Unterstützung rechter Bewegungen und Parteien steht dazu in offenem Widerspruch.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist die überarbeitete und übersetzte Version meiner Veröffentlichung „Is wage labor in highly developed capitalism today still a force of social transformation?“, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Institute for International Political Economy Berlin (IPE): IPE Working Paper No. 109/18.

Ich werde mich daher zunächst zwei Erklärungsversuchen zuwenden, die in der Linken derzeit debattiert werden und in ihren politischen Implikationen heftig umstritten sind. Anschließend komme ich auf die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Transformation zurück. Die erste Erklärung dafür, dass sich signifikante Teile der Arbeiterklasse der nationalistischen und fremdenfeindlichen Rechten zuwenden, verweist auf die „imperiale Lebensweise“ auch in der Arbeiterschaft.

## 2 Die klassenübergreifende „imperiale Lebensweise“

Diesem Argumentationsgang zufolge finden sich die Arbeiterklassen in den Gesellschaften des hoch entwickelten Kapitalismus – nicht anders als alle anderen gesellschaftlichen Klassen – in eine „imperiale Lebensweise“ verstrickt, die auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen im globalen Süden beruht. Ich beziehe mich hier auf das Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen (2017), das die „imperiale Lebensweise“ bereits im Titel trägt. In die gleiche Richtung argumentiert auch Stephan Lessenich (2016) in seinem Buch „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis“. Klassenunterschiede scheinen innerhalb der „imperialen Lebensweise“ keine besondere Bedeutung mehr zu haben, wenngleich die herrschenden Eliten deutlich mehr von der Ausbeutung des globalen Südens profitieren als die untergeordneten Klassen (kritisch hierzu Thien 2018, S. 223ff.). Sobald es hart auf hart kommt – und dies ist der Fall bei den weltweiten Flucht und Migrationsbewegungen, der Erderwärmung und der Aneignung globaler Ressourcen – sind sich Arm und Reich, Arbeit und Kapital in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften einig in der Verteidigung von Konsumgewohnheiten und (im Fall der Armen: nur relativen) Privilegien.<sup>2</sup>

Angesichts der aktuellen Popularität von Maßnahmen, die alle darauf abzielen, die „Festung Europa“ noch stärker gegen Flüchtlinge und Migranten abzuschotten, hat diese Argumentationslinie zweifellos eine hohe Plausibilität. Was aber folgt aus ihr politisch? In erster Linie ein Appell an alle, die in den Ländern der imperialen Lebensweise zu Hause sind, sich endlich einzugestehen, dass diese Lebensweise auf Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Sie muss radikal geändert werden. Oder um es im Zusammenhang der hier erörterten Frage zu formulieren: Bei der dringend notwendigen sozialen Transformation geht es nicht mehr in erster Linie um Lohnarbeitsfragen, sondern darum, ein (selbst)kritisches Bewusstsein insbesondere hinsichtlich der eigenen Konsumgewohnheiten zu schaffen.<sup>3</sup> Dieser Appell richtet sich an die Angehörigen aller gesellschaftlichen Klassen und Schichten, nicht zu-

letzt an die Angehörigen der Mittelklasse, selbst wenn sie keine SUVs fahren, sondern „nur“ regelmäßig im Internet surfen.

Es ist in der Tat evident, dass die Lebensweise in den Ländern des hoch entwickelten Kapitalismus auf Voraussetzungen beruht, die weder zu rechtfertigen noch auf Dauer aufrechtzuerhalten sind. Das Problem wird allerdings noch dadurch verschärft, dass die meisten Menschen auf der Erde, einschließlich derer, die in China, Indien, Brasilien und im Globalen Süden insgesamt leben, genau diese Lebensweise anstreben. Deshalb bevorzuge ich den Begriff „kapitalistisch-konsumistische Lebensweise“ gegenüber dem der „imperialen Lebensweise“, denn sie findet sich, in Teilen bereits realisiert (Brand und Wissen weisen selbst darauf hin) oder aber als Entwicklungsziel gesetzt, auch im globalen Süden. Daraus folgt keinerlei Rechtfertigung der Lebensweise im globalen Norden, die bis heute am stärksten mit der „Externalisierung“ (Lessenich) verheerender ökologischer Folgen und unerträglicher Ausbeutung von Menschen weltweit verbunden ist. Es verdeutlicht aber, wie schwer es ist, den fälligen Bruch mit der kapitalistisch-konsumistischen Lebensweise zu vollziehen. Denn der Kapitalismus ist die einzige jemals auf der Erde etablierte Produktionsweise, die nicht nur spezifische Bedürfnisse befriedigt, sondern die die Bedürfnisse erst schafft, die sie allein zum Zweck der Gewinnerzielung zu befriedigen sucht. In diesem Sinn ist „die bürgerliche Gesellschaft“ wesentlich ein „System der Bedürfnisse“ (Hegel). Wir alle sind durch die Formung der Bedürfnisse vom Kapitalismus „korrumpiert“ (Givsan 2019, S. 38).

Spielen deshalb soziale Ungleichheiten und Klassenunterschiede keine Rolle mehr? Keineswegs. Dabei soll nicht in Zweifel gezogen werden, dass die Arbeiterklassen in den hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ebenso wie die Mittelklassen und herrschenden Klassen in die kapitalistisch-konsumistische Lebensweise eingebunden sind, trotz aller klassenbezogenen Unterschiede in den Ressourcen und Lebensstilen. Dennoch wäre es irreführend, darüber hinwegzugehen, dass sich die Ungleichheiten in den Gesellschaften der „imperialen Lebensweise“ deutlich verschärft haben. Und es wäre ein ebenso

2 Sehr zu Recht weist Lessenich (2016, S. 189f.) darauf hin, dass hier ein „fundamentales politikstrategisches Problem“ entsteht: „Wie für mehr Gleichheit im globalen Maßstab streiten, ohne die berechtigten Ansprüche auf Gleichheit – etwa auf die vitale Gleichheit der Lebenserwartungschancen – im nationalen Kontext zu missachten?“

3 Zwar geht der Begriff der „Lebensweise“ bei Brand und Wissen über den Konsum hinaus und schließt Produktions- und Eigentumsformen ein, der Schwerpunkt der Argumentation und der strategische „Einstieg“ der Kritik liegen aber nicht mehr in den Interessenkonflikten und Interessengegensätzen der Lohnarbeitsverhältnisse, sondern in der ökologischen und global-sozialen Destruktivität jener Lebensweise.

schwerer Fehler, die darin zum Ausdruck kommenden Klassenverhältnisse nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Es gibt offenkundige Anzeichen dafür, wie wichtig Klassenspaltungen heute auch wieder in politischer Hinsicht sind. Sie geben allerdings keinen Anlass zu Optimismus, was die notwendigen sozialen Transformationen angeht. Denn die Arbeiterschaft, die lange aus der öffentlichen und insbesondere politischen Wahrnehmung verschwunden war, geriet erst dadurch wieder ins Rampenlicht der politischen Aufmerksamkeit, dass sich erhebliche Teile von ihr der extremen Rechten zuwandten. Auch in Deutschland sind Klassegegensätze damit wieder politisch virulent geworden. Zugleich werden sie verdeckt, in nationalistische und fremdenfeindliche Bahnen abgelenkt. Wenn Arbeiter in Europa und den USA ihre Länder in *closed shops* verwandelt sehen wollen, dann nicht zuletzt in Opposition zu den global ausgerichteten kulturellen und Wirtschaftseliten.

Damit bin ich beim zweiten Erklärungsversuch angelangt.

### 3 Die Marginalisierung der Arbeiterklasse

Im Gegensatz zur ersten Argumentationslinie, die von der „imperialen Lebensweise“ ausgeht, hebt der zweite Erklärungsansatz die Klassenunterschiede gerade hervor. Inzwischen sind eine ganze Reihe von Aufsätzen und Büchern erschienen, die sich mit der einigermaßen unerwarteten und beunruhigenden Unterstützung von beträchtlichen Teilen der Arbeiterschaft für Trump, den Brexit und die extreme Rechte auseinandersetzen. Darüber hinaus tragen einige vorzügliche Studien über die Arbeitsverhältnisse, das Alltagsleben und die moralischen Einstellungen von Arbeitern, die bereits in den 1990er Jahren in Frankreich und den USA durchgeführt wurden, zur Aufklärung bei.

Durch diese Literatur zieht sich ein verbindendes Leitmotiv: „Der Arbeiter: eine verdrängte gesellschaftliche Realität“. Dies ist die pointierte Überschrift des Vorworts zu dem Buch von Stéphane Beaud und Michel Pialoux (2004), das in deutscher Sprache unter dem Titel „Die verlorene Zukunft der Arbeiter“ erschien. Die beiden Autoren, die eng mit Pierre Bourdieu kooperierten, führten über viele Jahre hinweg intensive Feldstudien mit den Arbeitern der Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard in Frankreich durch.

Ähnliche Beobachtungen oder gar Formulierungen finden sich in Texten über die amerikanische weiße Arbeiterklasse. So schreibt Joan C. Williams (2017, S. 129) in ihrem aufschlussreichen Buch „The white working class“: „Die Botschaft ist einfach: Wenn du die zwei Drittel aller Amerikaner, die keinen College-Abschluss haben, bei

deiner Vision von einer guten Gesellschaft außen vorlässt, dann merken die das“.<sup>4</sup> Williams wählte deshalb für ihr Buch einen schlagenden, programmatischen Untertitel: „Overcoming class cluelessness in America“, was heißt, Amerika solle endlich seine Ahnungslosigkeit in puncto Klassenverhältnisse überwinden.

Und in der Tat, schon die bloße Existenz einer Arbeiterklasse war jahrzehntelang aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt worden, ganz zu schweigen davon, dass ihr politische Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Ähnliches stellen Autoren auch für Frankreich und Großbritannien fest. In Deutschland ist selbst der Begriff „Arbeiter“ schon lange aus dem öffentlichen Sprachgebrauch verschwunden. Williams (ebd., S. 9) weist auf den sprachlichen Trick hin, der Klassenunterschiede aus der öffentlichen Rede beseitigt: „Ein zentrales Mittel, mit dem wir Klassen zum Verschwinden bringen, besteht darin, nahezu jeden zur ‚Mittelklasse‘ zu zählen“. Klingt das nicht sehr vertraut für deutsche Ohren? Nur dass hier selbst der Begriff „Mittelklasse“ verpönt ist, weil in ihm noch immer die Klassengesellschaft aufscheint. In Deutschland dreht sich alles um „die Mitte“ (kritisch hierzu: Kadritzke 2017).

Wie war es möglich, dass ein noch immer erheblicher Teil der Bevölkerung, genannt „Arbeiter“, der in den jeweiligen Ländern einmal die Grundlage für mächtige soziale und politische Organisationen bildete, die sich für bessere Lebensbedingungen, wenn nicht gar radikalere gesellschaftliche Umwälzungen einsetzten, derart von der öffentlichen und politischen Bildfläche verschwanden? Der Beschäftigungsrückgang in der Industrie allein kann dies nicht erklären. Denn es finden sich in den Statistiken noch immer beträchtliche Zahlen von Personen, die der Kategorie „Arbeiter“ zugeordnet werden. Zudem stieg die Zahl der Lohnabhängigen im Dienstleistungsbereich mit „einfachen non-manuellen Tätigkeiten“ und „Routine-Dienstleistungstätigkeiten“, wie sie in deutschen Statistiken bezeichnet werden.

Aus der Psychoanalyse wissen wir, dass von den Individuen Verdrängtes nicht wirklich verschwindet, sondern sich auf Umwegen und in beunruhigender Weise bemerkbar macht. Das Gleiche gilt für Gesellschaften. Was also folgt daraus, dass Arbeiter zu einer „verdrängten gesellschaftlichen Realität“ geworden sind? Prominente Vertreter in der linken Debatte, darunter die US-Amerikanerin Nancy Fraser (2017a, b), der Engländer Paul Mason (2017) und der Franzose Didier Eribon (2016), würden antwor-

4 Williams bedient sich einer in der amerikanischen Literatur häufig anzutreffenden breiten Definition von „working class“. Sie umfasst alle Haushalte mittleren Einkommens („neither rich nor poor“) und legt als stärksten Indikator von Klassenzugehörigkeit den Bildungsgrad (ohne College-Abschluss) zugrunde. Williams' besonderes Interesse gilt jedoch „class as cultural tradition“, den moralischen Orientierungen der Lebensführung. – Alle Übersetzungen aus dem Englischen stammen vom Autor.

ten: Genuine Arbeiterinteressen wurden durch den Sieg des Neoliberalismus und das Versagen der Linken aus der Öffentlichkeit und von der politischen Agenda ausgeschlossen. Aus dieser Verdrängung folge genau das, was wir heute sehen. Es müsse nicht verwundern, dass signifikante Teile der Arbeiterschaft rechts wählen und rechte Initiativen unterstützen, um sich Gehör zu verschaffen. Erforderlich sei linke Selbstkritik, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Gibt es empirische Belege, die diese Argumentation stützen können? Glücklicherweise haben sich einige Forscherinnen und Forscher in Frankreich und den USA weder von der öffentlichen Ignoranz noch vom akademischen Mainstream davon abbringen lassen, sich intensiv mit den Lebens- und Arbeitsverhältnissen, dem Selbstverständnis, dem Gesellschaftsbild und den moralischen Werten von Arbeiterinnen und Arbeitern zu beschäftigen. Meistens bedienten sie sich dabei ethnografischer und anderer qualitativer Methoden der Sozialwissenschaft.<sup>5</sup>

Leider lassen sich die Befunde der angesprochenen französischen und amerikanischen Untersuchungen bereits aus methodischen Gründen nur schwer, wenn überhaupt, auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Immerhin haben sie zweierlei gemeinsam: Sie beschäftigen sich mit der Frage, wie die Arbeiterschaft von symbolischer und politischer Repräsentation in der Öffentlichkeit verdrängt werden konnte, und einige gehen darüber hinaus direkt der Frage nach, wie es zur Unterstützung von Teilen der Arbeiterschaft für Trump und die extreme Rechte kommt.

Im Folgenden werde ich versuchen, aus besagten Studien und anderen Schriften Anhaltspunkte zu destillieren, die zumindest richtungsweisend für weitere Überlegungen und Untersuchungen sein können. Dabei geht es mir auch hier, wie bei dem Erklärungsversuch durch die „imperiale Lebensweise“, vor allem um die politischen Implikationen des Arguments.

Der *erste Anhaltspunkt* betrifft die Frage, wann die Arbeiterschaft aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt zu werden begann. Wichtige Wendepunkte liegen in den 1980er Jahren. In Großbritannien und den USA waren Verfechter des Marktradikalismus in die Regierungen gewählt worden, die einen aggressiven Krieg gegen die Gewerkschaften führten. Die Wahl Mitterrands in Frank-

reich lief dem neoliberalen Vormarsch zunächst zuwider, verzögerte ihn jedoch lediglich.

Der *zweite Anhaltspunkt* betrifft die ökonomischen und sozialen Hintergründe, die das Verdrängen ermöglichten. Ebenfalls in den 1980er Jahren (in den USA bereits ein Jahrzehnt zuvor) kam die Periode der Vollbeschäftigung für die erwerbstätigen Männer, der steigenden Löhne und der Kompression der Einkommen, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt werden konnte, zu ihrem definitiven Ende. Zuvor hatten allerdings bereits wichtige Veränderungen stattgefunden: eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Beschäftigung von der Industrie zu den Dienstleistungen; in diesem Zusammenhang eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen; Aufstiege innerhalb und aus der Arbeiterklasse, nicht zuletzt ermöglicht durch (in Europa eigens angeworbene) Arbeitsmigranten, die die frei werdenden unteren Ränge in der internen Klassenhierarchie einnahmen. An diesen Veränderungen waren Gewerkschaften und die politischen Vertreter von Arbeiterinteressen maßgeblich beteiligt. Am Ende schlug sich die neue soziale Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerung aber auch in einem Rückgang der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und einer Schwächung der traditionellen Arbeiterorganisationen nieder.

Die nun folgende Periode war (und ist noch immer) gekennzeichnet durch die Rückkehr der Arbeitslosigkeit, eine wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, forcierte De-Industrialisierung, eine weitere, politisch vorangetriebene interne Fragmentierung nach rechtlichem Status, Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit der in den Betrieben beschäftigten Belegschaften, Unternehmensstrategien, die diese Fragmentierung gezielt nutzen und auf globale Wertschöpfungsketten ausdehnen. Im Ergebnis führte dies zu einer weiteren Schwächung der Widerstandskräfte in der Arbeiterschaft. Erneut und auf neue Weise überschatteten Unsicherheit und Perspektivlosigkeit die Arbeiterexistenz. Es fällt auf, dass sowohl Beaud und Pialoux als auch Williams Deutschland als ein positives Beispiel anführen, weil es, im Vergleich mit ihren jeweiligen Ländern, Arbeiterrechte noch stärker schützte und auch eine gezielte Industriepolitik verfolge. Das gilt es ernst zu nehmen.

5 Für Frankreich siehe neben der Studie von Beaud und Pialoux (2004) die Untersuchung von François Dubet (2008) zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, die ein breites und über die Arbeiterschaft hinausgehendes Spektrum von Lohnabhängigen in verschiedenen Berufen einbezog, sowie die autobiografischen Reflexionen Didier Eribons (2016). Ähnlich reflektiert Paul Mason (2017) seine Herkunft aus einer englischen Arbeiterfamilie im Kontext der Auswirkungen des Neoliberalismus und des Versagens der Linken. Für die USA siehe die Studien von Arlie R. Hochschild (2016a, b) und von Katherine J. Cramer (2016) aus dem ländlichen Amerika sowie Joan C. Williams' (2017) scharfsichtige Konfrontation der Lebenserfahrungen

und moralischen Haltungen der „white working class“ mit denen der „professional elite“. In der amerikanischen Tradition ist, im Unterschied zur europäischen, der Begriff „working class“ allerdings schärfer nach unten (gegenüber der „lower class“) als nach oben (gegenüber der „middle class“) abgegrenzt. Für ein Verständnis von Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen den moralischen Orientierungen und sozialen Grenzziehungen von US-amerikanischen und französischen Arbeitern ist die Studie von Michèle Lamont (2000) unverzichtbar. Diese Liste von Texten, die ich für den vorliegenden Beitrag herangezogen habe, erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit bezüglich des hier verhandelten Themas.

Der *dritte Anhaltspunkt* betrifft den Verlust an kultureller und symbolischer Repräsentation. Noch immer gibt es für die Arbeiterschaft charakteristische Einstellungen und moralische Haltungen, wenngleich mit nationalen Variationen und internen Differenzierungen nach ethnischen und beruflichen Untergruppierungen. Der hohe Wert, der harter Arbeit beigemessen wird, gehört zur Arbeiterkultur, ebenso die Wertschätzung von Verantwortlichkeit, Direktheit und Verlässlichkeit in den sozialen Beziehungen oder die Betonung von Familienzusammenhalt und Nachbarschaft. Diese Werte stehen mit der gesellschaftlichen Abwertung körperlicher Arbeit unter einem erheblichen Stress. Meinungsmacher aller Couleur, einschließlich der „Vertreter der Wissenschaft“, predigen unablässig die Überlegenheit intellektueller Fähigkeiten über handwerkliche Geschicklichkeit, von Eigenverantwortung und Selbstentwicklung über kollektive Leistung, von Konkurrenz über Solidarität, von Vernetzung in schwachen und wenn möglich globalen Bindungen über die engen Bindungen in Familie und Nachbarschaft. Die Maxime, das eigene Leben erfolgreich zu „managen“, hat harte Arbeit als ethischen Imperativ abgelöst. Selbst die Werbung ist heute voll von solchen Appellen.

In diesem sozialen Zusammenhang erweist sich die außerordentliche Bedeutung, die allenthalben der Bildung beigemessen wird, für Arbeiterfamilien durchaus als zwiespältig. Sie signalisiert, dass Bildung der Königsweg zum Ausstieg aus der Arbeiterklasse sei – und wonach sonst als nach dem Ausstieg aus der Arbeiterklasse ihrer Eltern sollte die jüngere Generation streben? Gleichzeitig gilt Bildung als ein „Muss“, um auch nur den sozialen Abstieg zu vermeiden. Aber für Arbeiterklassenfamilien und ihre Kinder stellt Bildungserfolg finanziell wie kulturell noch immer eine sehr viel größere Herausforderung dar als für Mittelklassenfamilien und deren Nachkommen, wie Beaud und Pialoux (2004, S.28f. sowie Kap. IV–VI) für Frankreich und Williams (2017, S.43ff.) für die USA betonen. Und selbst wenn der „Königsweg“ eingeschlagen wurde, muss er angesichts der Entwertung von Bildungszertifikaten und der Bedeutung, die dem einsozialisierten Klassenhabitus beim Erklimmen von Karriereleitern zukommt, noch lange nicht ins gelobte Land führen. Hier zählt die Mitgift der Bürgerkinder allemal mehr. Aufstiegsmobilität über Bildung ist somit immer noch allzu oft für Arbeiterkinder erschwert oder gar blockiert, und gleichzeitig wird es immer schwieriger, auch nur den Status quo über die Generationenfolge hinweg zu halten.

Wie steht es um den Rassismus in der Arbeiterschaft? Es scheint notwendig, dieses Thema im Kontext der Wahl von fremdenfeindlichen Parteien anzusprechen. Für die USA argumentiert Williams (ebd., S.59ff.) überzeugend, dass Rassismus keine Besonderheit der weißen Arbeiterklasse sei. Er durchdringe vielmehr die ganze Gesellschaft und sei auch in den professionellen Eliten verbreitet, nehme dort allerdings andere Formen an. Arbeiter beanspruchten moralische Überlegenheit, die professionellen

Eliten überlegene Leistungsfähigkeit, um ihren Rassismus zu rechtfertigen. „Keine dieser beiden Arten von Rassismus lässt sich entschuldigen. Hier ist der entscheidende Punkt: Privilegierte Weiße sollten damit aufhören, ihr Klassenprivileg gegenüber weniger privilegierten Weißen zu leugnen, indem sie diesen ‚anderen‘ vorwerfen, sie seien Rassisten“ (ebd., S.63).

Bei französischen Arbeitern richteten sich rassistische, mit Werthaltungen begründete Abgrenzungen in erster Linie gegen nordafrikanische Immigranten; gleichwohl bildeten Werte der Solidarität und Gleichheit ein gewisses Gegengewicht gegen rassistische Einstellungen gegenüber anderen Gruppen, fand Michèle Lamont in ihrer Studie aus den 1990er Jahren heraus. Allerdings warnte sie schon damals, das könne sich ändern „mit einem deutlichen Rückgang der Linken und einer weiteren Ausbreitung neoliberaler Ideen, die die Wichtigkeit des Gedankens der Solidarität herabsetzen könnten“ (Lamont 2000, S.243). Genau dies scheint mittlerweile eingetreten zu sein und bildet einen Angelpunkt von Didier Eribons Kritik an der französischen Linken.

Fremdenfeindliche Stimmungen in der Arbeiterschaft sind gerade in Krisenzeiten nichts Neues. Pierre Rosanvallon geht dem in seiner für die hier anstehenden Fragen überaus lehrreichen Studie „Die Gesellschaft der Gleichen“ nach. Er zeigt aber auch an den Beispielen Frankreichs und Englands am Ende des 19. Jahrhunderts, wie ein „schlüssiges sozialreformerisches Denken, das nicht beim traditionellen Eintreten für den *free trade* stehen blieb“ (Rosanvallon 2013, S.215), solche Stimmungen ändern konnte. Es ist dies ein Beleg dafür, dass es bei Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, wie Norbert Elias (1993, S.14) nachweist, nicht allein um individuelle Einstellungen geht, sondern immer auch um einen Ausdruck von Machtungleichgewichten und deren Verschiebung. Das Aufzeigen realistischer Möglichkeiten, die eigene subalterne Lage gegenüber den Mächtigen zu verbessern oder gar zu überwinden, entschärfte den Ab- und Ausgrenzungsdruck gegen die noch schwächeren Außenseiter. Dies ist eine Lektion, die bis heute ihre Gültigkeit hat.

Der *vierte Anhaltspunkt* schließlich betrifft den Verlust politischer Repräsentation. Arbeiterviertel und -gemeinden mit ihren besonderen Einrichtungen der Arbeiterkultur und ihren politischen Organisationen haben sich im Zuge der Nachkriegsprosperität und der Aufstiegsmobilität weitgehend aufgelöst. Auch dies ist nicht zuletzt ein Zeichen vergangener Stärke der Arbeiterbewegungen, die sich nun in ihr Gegenteil verkehrte, in eine Erosion lokaler Stützpunkte.

Zusammen mit der kulturellen und symbolischen Repräsentation haben die Arbeiterklassen vieler europäischer Länder auch ihre politische Repräsentation verloren. Letzteres gilt jedoch nicht nur für die Arbeiterklassen im engeren Sinn, sondern für die Lohnabhängigen als Lohnabhängige. Symptomatisch ist die Kappung jeden besonderen Bezugs auf die Arbeiterschaft und die Lohnabhän-



gigen bei der SPD und „New Labour“.<sup>6</sup> Beide Parteien verschrieben sich dem Glaubenssatz, dass sich die Menschen den Märkten anzupassen hätten und nicht umgekehrt. Im Nachhinein erweist sich, dass dies keine so gute Idee war. Denn die sozialdemokratischen Parteien haben sich damit auf einen Schwundkurs mit dramatischen Folgen begeben. Ob Corbyns Wende in Großbritannien Labour dieses Schicksal ersparen kann, wird sich zeigen. In den USA zeugt der relative Erfolg von Bernie Sanders in den Vorwahlen der Demokratischen Partei vom Bedarf an einer Opposition, die „working-class issues“ im breitesten Sinn aufgreift und nicht der extremen Rechten überlässt.

#### 4 Die Erosion des Gesellschaftsvertrags, der Aufstieg der Rechten und Folgerungen aus der „Marginalisierung der Arbeiterklasse“

In den bisher betrachteten Studien zeichnen sich gesellschaftliche Spaltungen ab, die nicht nur entlang der Trennungslinien von Klassenungleichheiten verlaufen, sondern auch von Ungleichheiten im Zugang zu sozialen und politischen Bürgerrechten. Sie betreffen die Regeln des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens in den jeweiligen Ländern. Solche Regeln zu schaffen und zu stabilisieren ist immer eine schwierige und hoch umstrittene Angelegenheit. Dies gilt besonders für kapitalistische Gesellschaften, weil diesen soziale Widersprüche und Spaltungstendenzen inhärent sind. Zusammen leben und zusammen arbeiten zu können trotz dieser Spaltungstendenzen erfordert einen „impliziten Gesellschaftsvertrag“, um einen Begriff von Barrington Moore (1987, S. 36) aufzugreifen. Er meint damit die ungeschriebenen Regeln der Reziprozität, der gegenseitigen Verpflichtungen, die von den herrschenden und den untergeordneten Klassen und Schichten gleichermaßen (wenn auch nicht konfliktfrei) respektiert werden.

Insofern zeigt das hier ausgeführte Argument einer „Marginalisierung der Arbeiterklasse“ ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem an, das über die Arbeiterklasse im engeren Sinn weit hinausgeht. Vieles spricht dafür, dass der implizite Gesellschaftsvertrag, wie er in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in den hier genannten Ländern auf jeweils unterschiedliche (und in vielerlei Hinsicht kritikwürdige) Weise etabliert worden war, brüchig wird oder bereits gebrochen wurde, ohne dass sich an seiner Stelle ein neuer Gesellschaftsvertrag abzeichnen würde. Die herrschenden Wirtschaftseliten, eng mit den international agierenden Finanzinstituten verbunden und selbst global aktiv, haben sich von jeder Verantwortung für einen spezifischen Betrieb, ein spezifisches Unternehmen oder eine spezifische Belegschaft verabschiedet. Sie sind auch nicht mehr in irgendeine Verpflichtung für

das Wohlergehen einer besonderen, in einen nationalen Rahmen politisch gefassten Bevölkerung eingebunden. Ihre strategischen Optionen gehen über diesen Rahmen hinaus. Sie bestimmen den politischen Ton, sie diktieren Bedingungen, trotz vieler noch immer regional gebundener mittelständischer Unternehmen und trotz aller guten Gründe, die sie selbst dazu veranlassen mögen, auch noch im Ursprungsland zu investieren. Sie tun dies immer unter Vorbehalt und können mit Betriebsverlagerung drohen. Dass sie dies können, ist selbst eine Folge vergangener politischer Entscheidungen, die die Grundlagen für die heutige Form der Globalisierung mit ihrer Dominanz der Finanzmärkte und für die heutige Form der Europäischen Union mit ihrer Vorherrschaft der Marktintegration über die soziale Integration gelegt haben. Arbeiter (und Lohnabhängige überhaupt) haben für die schleichende Erosion des Gesellschaftsvertrags ein gutes Gespür (Dubet 2008, S. 473), da sie wissen, wie sehr sie selbst an ihrem Arbeitsplatz und in ihrem weiteren sozialen Umfeld auf funktionierende implizite und explizite Regeln der Reziprozität angewiesen sind.

In dieser Konstellation bietet sich die Rechte mit der Version eines neuen, in der Tat aber altbekannten und längst abgenutzten Gesellschaftsvertrags an, der sozialen Zusammenhalt auf nationale (letztlich völkische) Identität, auf die scheinbare Anerkennung der Notlagen der „kleinen Leute“, vor allem aber auf das Ausschalten fremder Konkurrenten um Ressourcen gründen will. Autoritäre, aber wohlthätige Führer sind gefragt, die transnationalen Unternehmen die Verantwortung für nationale Belegschaften aufzwingen sollen – dies ist zumindest ein Aspekt der Anziehungskraft von Trump auf seine Gefolgschaft, in der französischen und deutschen Rechten scheint er (noch) keine so bedeutende Rolle zu spielen. In jedem Fall verspricht die Rechte, dass der immer kleiner werdende Kuchen, den das Kapital für die Bevölkerungsmehrheiten übrig lässt, ausschließlich von Volksgenossen verspeist werden soll. Ein rassistisch eingefärbter Kulturkampf liefert die Rechtfertigungsgründe.

Es mag sein, dass sich die Situation in Deutschland ganz anders als in den bisher genannten Ländern darstellt, dass die zuvor herauspräparierten Anhaltspunkte für das Argument einer „Marginalisierung der Arbeiterklasse“

6 In ihrer Studie „The new politics of class“ (2017) weisen Evans/Tilley nach, wie sich von 1974 bis 1992 und noch dramatischer von 1997 bis 2015 das öffentliche und politische „framing of class“ verschoben hat. Vor allem seit 1997 verschwinden in der öffentlichen Wahrnehmung die „working classes“ und machen einem „middle class consensus“ Platz. In diesem begriffspolitischen Wandel beeinflussen sich die Medien und die Labour Party wechselseitig. Für die Politik von „New Labour“ weisen Evans/Tilley dies empirisch überzeugend auf drei Feldern nach: in den Parteiprogrammen, in der von den Medien aufgegriffenen Rhetorik und in der Rekrutierung des Personals für öffentliche Ämter. – Den Hinweis darauf verdanke ich Ulf Kadritzke.

hier ins Leere gehen und dass der Gesellschaftsvertrag im korporatistischen Deutschland noch unverbrüchlich gilt. Bei allen deutschen Besonderheiten, die solche Einwände stützen mögen, einschließlich einer noch stärkeren Präsenz von Industrie, Tarifverträgen und Gewerkschaften, sind Zweifel daran angebracht, dass es sich wirklich so verhält. Auch in Deutschland sind Arbeiter überproportional bei den Wählern der extremen Rechten vertreten. In den Gewerkschaften selbst gibt es darüber heftige Auseinandersetzungen, mittlerweile aber auch eine erstaunliche Bereitschaft, eine Affinität zu rechten Positionen zu bekennen (siehe hierzu Dörre 2018; Dörre et al. 2018; vgl. auch den Beitrag von Dörre in diesem Heft). Wenn dem Argument von der symbolischen und politischen „Marginalisierung der Arbeiterklasse“ doch einige Plausibilität zugestanden werden kann, was folgt daraus politisch?

Die erste und nächstliegende Folgerung, die auch von vielen Linken in dieser Debatte gezogen wird, ist die, den Arbeitern, der „verdrängten gesellschaftlichen Realität“, eine Stimme zu geben. Welche Sprache aber spricht diese Stimme? Ist es die Sprache, die zum Kern der Beschwerden führt, die die Ursachen für die Unsicherheit der Arbeiterexistenz heute aufdeckt? Ist es die Sprache, die, z. B. in Deutschland, zu den Ursachen der Polarisierung der Einkommen, der horrenden Ungleichheit der Vermögen, der Entsicherung von Arbeitsverhältnissen und der Absenkung sozialstaatlicher Leistungen vordringt und Abhilfe einfordert? Diese Ursachen reichen in ihren Wurzeln zeitlich weit vor die Ankunft der Flüchtlinge im Jahr 2015 zurück. Sie haben sachlich auch heute noch mit dieser Ankunft nichts zu tun.

Oder aber ist es die Sprache, die die Rechte ausbeuten kann oder gar offeriert; die Sprache, die die Wut von den Gründen ablenkt und gegen Sündenböcke – derzeit vor allem Flüchtlinge und Migranten, aber auch bereits wieder zu Fremden erklärte Einheimische – richtet? Klarheit und Entschiedenheit ist in dieser Frage unverzichtbar, bei Strafe des eigenen Untergangs wegen Unkenntlichkeit (Kronauer 2018). Gerade an dieser Klarheit aber mangelt es denjenigen in der Linken, die opportunistische Zugeständnisse an fremdenfeindliche Stimmungen oder an den Vorwurf übertriebener Toleranz gegenüber Minderheiten machen, in der illusionären Hoffnung, damit einen Blumentopf bei Arbeiterwählern zu gewinnen. Stattdessen bedarf es, um noch einmal die aus historischer Erfahrung gewonnene Formulierung Rosanvillons aufzugreifen, mindestens eines „schlüssigen sozialreformerischen Denkens, das nicht beim traditionellen Eintreten für den *free trade* stehen“ bleibt und das überzeugend Auswege aus der Misere aufzeigt, für die es zu kämpfen lohnt.

Damit bin ich bei der zweiten, vielleicht weniger offensichtlichen, aber noch wichtigeren Folgerung. Wer die wirklichen Gründe für die Rückkehr der Unsicherheit in die Arbeiterexistenzen angehen und deren Verdrängung aus dem öffentlichen und politischen Bewusstsein überwinden will, der muss sie im Zusammenhang mit den pro-

blematischen Arbeitsverhältnissen und Lebensumständen angehen, mit denen heute eine Mehrheit aller Lohnabhängigen konfrontiert ist. Arbeitsintensivierung, zunehmende Beschäftigungsunsicherheit, Sorgen um die Zukunft der eigenen Kinder prägen auch die Lebensumstände von Angestellten im privaten und öffentlichen Sektor, sie reichen in Abstufungen bis weit in die Mittelklassen hinein. Auch deren Angehörige sind in ihrer großen Mehrzahl lohnabhängig, selbst wenn sie ein Gehalt beziehen und es deshalb nicht wahrhaben wollen. Dann gilt es eben, sie in ihrem ureigenen Interesse darüber aufzuklären.

Aber nicht allein Lohnabhängigkeit führt heute wieder zu prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Viele Alleinselbstständige und kleine Gewerbetreibende sind ihnen nicht weniger ausgesetzt. Mit dieser Erweiterung des Blickfelds wird deutlich, wie wichtig es ist, die mit der Lohnarbeit und der Marktabhängigkeit verbundenen Probleme in all ihren Varianten aufzugreifen, Allianzen zu bilden, ohne die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Arbeiterschaft im engeren Sinn aus den Augen zu verlieren, und für eine soziale Transformation zu streiten, die es ermöglicht, einen tatsächlich neuen Gesellschaftsvertrag zu begründen.

## 5 Warum kann Lohnarbeit noch immer eine Kraft der gesellschaftlichen Transformation sein?

Robert Castel charakterisiert in seinem grundlegenden Werk „Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit“ die kapitalistischen Gesellschaften, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in den west- und nordeuropäischen Ländern Gestalt annahmen, als „Lohnarbeitsgesellschaften“ (Castel 2000, Kap. 7). Allen jahrzehntealten Unkenrufen vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ (sprich: der auf Lohnarbeit basierenden Gesellschaft) zum Trotz hat sich die Lohnarbeit immer weiter in den Gesellschaften ausgebreitet und spielt eine immer bedeutendere Rolle im Leben der Menschen. Wenn es überhaupt die Möglichkeit zu einer gesellschaftlichen Transformation im eingangs angesprochenen Sinn gibt, dann wird sie mit der Zukunft der Lohnarbeit verknüpft sein.

Der Begriff „Lohnarbeitsgesellschaft“, wie Castel ihn verwendet, bezieht sich auf eine besondere historische Konstellation, in der die Lohnarbeit zur vorherrschenden Arbeitsform wurde. Ihre Ausbreitung war eng mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Entwicklung der Sozialstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Die Ausweitung von Kollektivverträgen, der Ausbau und die Ausdifferenzierung der Sozialversicherungssysteme, die starke Ausdehnung des öffentlichen Sektors mit seinen vielfältigen Aufgabenbereichen – sie alle trugen zur „Ver-

allgemeinerung der Lohnabhängigkeit“ (ebd., S. 284) und ihren internen Differenzierungen bei. Die (jeweils national spezifische) Verbindung dieser Elemente bildete die Grundlage der impliziten Gesellschaftsverträge, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in West- und Nordeuropa Bestand hatten<sup>7</sup>. Die Verallgemeinerung und interne Differenzierung der Lohnabhängigkeit hatte aber auch zur Folge, dass die besondere Ausprägung von Lohnabhängigkeit, wie sie die Arbeiterklasse kennzeichnet, an Bedeutung verlor. „Die Ausdehnung der Lohnabhängigkeit auf die Gesamtgesellschaft lässt die Arbeiterlage aus und weist ihr erneut eine untergeordnete Stellung zu, diesmal allerdings ohne Hoffnung darauf, dass sie jemals wieder zu ihrer ehemaligen Führungsrolle zurückfinden könnte“ (ebd., S. 284). Hier liegen die Ursachen für die „Marginalisierung der Arbeiterklasse“, den Verlust ihrer symbolischen und politischen Repräsentation.

Der historische Kontext, in dem sich die Lohnarbeitersgesellschaft herausbildete und in dem sie institutionalisiert wurde, hat sich in den letzten 30 Jahren deutlich verändert. Die Verbindung von Lohnabhängigkeit und sozialer Sicherung wird immer brüchiger. Märkte und Kapitalmacht üben einen immer direkteren und damit stärkeren Einfluss auf das Leben der Menschen aus. Soziale Verwundbarkeit ist eine Erfahrung, die sich erneut besonders in der Arbeiterschaft bemerkbar macht. Unsicherheit breitet sich aber auch im Leben von Lohnabhängigen in den höheren Rängen der Klassenhierarchie aus. Selbst für Angehörige der Mittelklassen wird „Flexibilität“ eher zum Fluch als zum Segen, wenn sie vom Arbeit- oder Auftraggeber diktiert wird. Wünsche nach einem selbstbestimmten Leben werden aktiviert und zugleich durchkreuzt von zunehmender Unplanbarkeit der Lebensumstände und aufgezwungenem Arbeitsstress.

Schafft das nicht eine gemeinsame Basis, auf der Allianzen zwischen unterschiedlichen Kategorien von Lohnabhängigen gebildet werden könnten? Und könnte der Einsatz für ein selbstbestimmtes Leben dabei nicht ein einigendes Ziel sein? Man glaube doch nicht den rechten Demagogen, die selbst aus Akademikerkreisen stammen und den Leuten einreden wollen, ein selbstbestimmtes Leben sei Geschwätz aus dem „versifften“ 68er-Milieu. Auch den Linken, die das selbstbestimmte Leben vorschnell nur dem liberalen, gar dem neoliberalen Gedankengut zuschlagen wollen, sei ins Stammbuch geschrieben: Es war, in unterschiedlichen historischen Ausprägungen, immer schon programmatisches Element jeder ernsthaft eman-

zipatorischen Bewegung, auch der Arbeiterbewegung, und ist heute mit den erweiterten objektiven Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung aktueller denn je (Rosanvallon 2013; Kronauer 2014). Ein selbstbestimmtes Leben setzt allerdings den Schutz vor Marktabhängigkeit und die demokratische Kontrolle über Kapitalmacht voraus. Es kann nie solitär geführt werden, sondern bedarf fundamental demokratischer Institutionalisierungen.

Und gibt es nicht noch immer eine weitgehende gesellschaftliche Übereinstimmung darüber, wie wichtig es für die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist, bestimmte „Güter“ (Gesundheit, Bildung, Wohnraum, Daseinsvorsorge durch Infrastruktur, die natürliche Umwelt) als öffentliche Güter bereitzustellen und zu bewahren; darüber, dass sie geschützt werden müssen vor Privatisierung und Profitmacherei? Warum sollte die erwiesene Tatsache, dass „weniger Ungleichheit allen zugutekommt“, die selbst die OECD mittlerweile anerkennt<sup>8</sup>, nicht ebenfalls ein programmatischer Eckpfeiler für eine Allianz der Lohnabhängigen werden, um auf allen Ebenen – der lokalen, der nationalen und der europäischen – gegen die Vorherrschaft des Kapitals anzugehen? Auf all diesen Ebenen geht es um die Fragen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen und wie ein neuer Gesellschaftsvertrag beschaffen sein muss.

Was bedeutet dies nun für die kapitalistisch-konsumistische Lebensweise? Es gibt gute Gründe davon auszugehen, dass Gesellschaften mit weniger scharf ausgeprägten sozialen Ungleichheiten und mit verlässlichen Reziprozitätsbeziehungen soziale Ängste abbauen und dadurch in der Lage sein können, sich nach außen zu öffnen, auch für Flüchtlinge und Migranten, ohne dadurch ihren sozialen Zusammenhalt infrage gestellt zu sehen. Es scheint dies zumindest eine wichtige, wenn auch nicht die allein ausschlaggebende Voraussetzung zu sein.

Damit ist aber die noch sehr viel weitergehende Herkulesaufgabe noch nicht geschultert. Denn bei der Abkehr von der kapitalistisch-konsumistischen Lebensweise wird es wesentlich um die Abkehr von einem durch das Profit- und Akkumulationsmotiv angetriebenen Wachstum gehen müssen. Wie der Aufstand der „Gelbwesten“ in Frankreich zeigt, werden Fortschritte in diese Richtung nur zu erzielen sein, wenn es breite Schultern sind, die die Folgen der unerlässlichen, tiefgreifenden Änderungen in den Konsum- und Produktionsgewohnheiten tragen, und gerade nicht in erster Linie die am wenigsten Privilegierten. ■

7 Selbst für die USA mit ihren sehr viel weniger entwickelten sozialstaatlichen Institutionen galt ein sozialer Konsens, den der ehemalige Arbeitsminister der Clinton-Regierung, Robert Reich, folgendermaßen formulierte: „Es ist wichtig zu verstehen, was dieser Sozialkonsens wirklich war und was es nicht war. Es legte unser Gespür für Fair play fest, war aber nicht gebunden an eine Umverteilung von Reichtum. Es würde weiterhin Arme und Reiche geben. Es wurde lediglich

geltend gemacht, dass wir an einem fundamentalen Punkt füreinander sorgen müssen und dass wir als Gesellschaft voneinander abhängig sind [...] In den letzten Jahren haben sich diese Maximen aufgelöst, gerade als sie am nötigsten gebraucht wurden“ (zitiert in Bischoff 1999, S. 79f.).

8 „In it together. Why less inequality benefits all“, lautet der Titel einer OECD-Studie von 2015.



## LITERATUR

- Beaud, S. / Pialoux, M.** (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter, Konstanz
- Bischoff, J.** (1999): From welfare to work?, in: Herkommer, S. (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg, S. 73–91
- Brand, U. / Wissen, M.** (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München
- Castel, R.** (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Cramer, K. J.** (2016): The politics of resentment. Rural consciousness in Wisconsin and the rise of Scott Walker, Chicago
- Dörre, K.** (2018): Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus, in: Butterwegge, C. / Hentges, G. / Lösch, B. (Hrsg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/Basel, S. 120–141
- Dörre, K. / Bose, S. / Lütten, J. / Köster, J.** (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–89
- Dubet, F.** (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg
- Elias, N.** (1993): Zur Theorie von Etablierten-Außenseiter Beziehungen, in: Ders. / Scotson, J. L.: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M., S. 7–56
- Eribon, D.** (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin
- Evans, G. / Tilley, J.** (2017): The new politics of class. The political exclusion of the British working class, Oxford
- Fraser, N.** (2017a): From progressive neoliberalism to Trump – and beyond, in: American Affairs 1 (4), S. 46–64
- Fraser, N.** (2017b): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus, in: Geiselberger, H. (Hrsg.): Die große Regression, Berlin, S. 77–91
- Givsan, H.** (2019): Dialektik, dialektisch?, in: Schneider, H. / Stederoth, D. (Hrsg.): Dialektik und Dialog. Wolfdietrich Schmied-Kowarzik zum 80. Geburtstag, Kassel, S. 31–45
- Hochschild, A. R.** (2016a): Strangers in their own land. Anger and mourning in the American right, New York/London

- Hochschild, A. R.** (2016b): The ecstatic edge of politics: Sociology and Donald Trump, in: Contemporary Sociology 45 (6), S. 683–689
- Kadritzke, U.** (2017): Mythos „Mitte“. Oder: Die Entsorgung der Klassenfrage, Berlin
- Kronauer, M.** (2014): Autonomie in der Krise, in: PROKLA 176, S. 431–443
- Kronauer, M.** (2018): Warum und wie die Linke für soziale Gerechtigkeit streiten muss, in: Becker, K. / Dörre, K. / Reif-Spirek, P. (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M. / New York, S. 81–99
- Lamont, M.** (2000): The dignity of working men. Morality and the boundaries of race, class, and immigration, New York/Cambridge MA/London
- Lessenich, S.** (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin
- Mason, P.** (2017): Keine Angst vor der Freiheit, in: Geiselberger, H. (Hrsg.): Die große Regression, Berlin, S. 149–174
- Moore, B.** (1987): Ungerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development)** (2015): In it together. Why less inequality benefits all, Paris
- Rosanvallon, P.** (2013): Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg
- Thien, H.-G.** (2018): Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland, Münster
- Williams, J. C.** (2017): White working class. Overcoming class cluelessness in America, Boston

## AUTOR

**MARTIN KRONAUER**, Dr. phil., Professor i. R. für Gesellschaftswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Forschungsschwerpunkte: Neue soziale Frage, Inklusion und Exklusion im internationalen Vergleich, Stadt und soziale Ungleichheit.

@ kronauer@hwr-berlin.de